

Zwischen Aufbruch und Abbruch

Die Nutzung der Berliner Schlossruine 1945-1950.

Gerd Callenius

Bei dem nachstehenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrages der 2016 unter dem Titel: „Die Berliner Schlossruine – begrenzte Freiräume und neuer Gleichschritt“ auf einer Veranstaltung der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V. und der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss gehalten wurde.

Mit dem Berliner Schloss der Hohenzollern, dem Schlossplatz, mit Schlossfreiheit und Lustgarten verbinden sich viele Ereignisse der deutschen Geschichte vom ausgehenden Mittelalter bis zur unmittelbaren Zeitgeschichte: am Beginn der Berlin-Cöllner Unwillen gegenüber hohenzollernscher Usurpation und deren Ausbau der Burganlage im 15. Jahrhundert, nach dem Dreißigjährigen Krieg über die – den Aufstieg Preußens verkörpernde - Erweiterung zur repräsentativen Residenz durch Schlüter, Eosander und Stüler, die 1848er-Revolution mit dem Trauerzug der Märzgefallenen durch den Schlüterhof, die Reichseinigung unter preußischer Vorherrschaft mit ersten Reichstagssitzungen im Schloss, 1914 dann die Mobilmachung Kaiser Wilhelms II. vor der im Lustgarten trunken versammelten Menge und nur vier Jahre später ebendort Liebknechts Ausrufung einer sozialistischen Republik mit der Erstürmung des Schlosses in der Novemberrevolution und den Januarunruhen 1919, Demonstrationen und Kundgebungen von Kommunisten und schließlich auch die Aufmärsche in der Zeit des Nationalsozialismus, zum 1. Mai oder zu den Olympischen Spielen 1936.



Lustgarten 1. Mai 1936

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 blieb das in fünf Jahrhunderten gewachsene und nun ausgebrannte Schlossensemble ein Ort großer Symbolik. Angesichts immenser Zerstörungen auf allen Gebieten barg die Frage, Abriss oder Wiederherstellung des Schlosses, zunächst jedoch keine politische Relevanz und schien völlig offen. Die kurze Geschichte der Nutzung der Schlossruine spiegelt indessen exemplarisch die Berliner Neuanfänge mit all ihren Widersprüchlichkeiten, die Auf- und Abbrüche, von der provisorischen Sicherung und Indienstnahme der weniger zerstörten Gebäudeflügel bis hin zum Abriss des gesamten Schlosses 1950/51 für die Gewinnung eines zentralen Aufmarschplatzes als Signatur der neuen Herrschaftsverhältnisse.¹

Neuanfang, kultureller Aufbruch und politischer Rahmen

Im Berlin der ersten Nachkriegsjahre hatte sich angesichts des materiellen Elends und anhaltender Entbehrungen, ein riesiges Unterhaltungsfieber und Ablenkungsbedürfnis, aber auch ein großer Informations- und Bildungshunger Bahn gebrochen. Der Hunger war auch ein seelischer, ein geistiger Hunger und in den Trümmern der zerstörten Stadt entfaltete sich schnell neues geistig-kulturelles Leben. Schon im Mai 1945 gab es wieder Zeitungen, auch Rund- und Drahtfunk² nahmen ihren Betrieb auf und deren Lautsprecherwagen waren in der Stadt unterwegs. Neue Verlage wurden gegründet, die zwar an Lizenzen, Zensur- und Papierkontingente der Besatzungsmächte gebunden, aber zugleich dem marktpolitischen Kalkül weitgehend enthoben waren. Es kam zu einer beeindruckenden Zeitschriftenblüte. Mit der Kapitulation nicht mehr Reichshauptstadt, war Berlin nun die Hauptstadt der Alliierten. Als gemeinsamer Regierungssitz der Besatzungsmächte erfuhr Berlin nach 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft eine ungeahnte Internationalisierung.

Berlin avancierte für die Jahre bis zur Vereisung im Kalten Krieg zu einer abstrusen Welthauptstadt in der „die Widersprüchlichkeit der Stadt... ihr Nährboden“³ war. „Die geistige Situation Berlins“, schrieb der Philosoph Gert H. Theunissen 1947, „übertrifft die geistige Situation jeder anderen Stadt in Deutschland...“⁴ Ursula Heukenkamp machte bezogen auf Politik und Literatur ein „Machtvakuum der ersten Nachkriegszeit“ aus.⁵ Blättert man in den Veranstaltungskalendern der Berliner Presse jener Jahre, besticht die über alle Sektorengrenzen hinweg gehende Vielfalt des Angebotes. Ob bei den Bezirksämtern, ob im Titania-Palast in Steglitz oder in den Räumen des Kulturbundes am Sitz der ehemaligen Reichskulturkammer in der Schlüterstraße, ob im Haus des Rundfunks in Charlottenburg, ob im Admiralspalast oder im Berliner Schloss – allerorten gab es öffentliche Veranstaltungen, Ausstellungen, Vorträge und Lesungen.

Nach den angeordneten Verdunkelungen der zurückliegenden Kriegsjahre konnten die Menschen nun wieder Konzerte, Kino-, Opern- und Theateraufführungen besuchen. An-

1 Zur geschichtlichen Bedeutung sei die von Joachim Fest am 30.11.1990 mit dem FAZ-Artikel: „Denkmal der Baugeschichte und verlorenen Mitte Berlins. Das Neue Berlin, Schloss oder Parkplatz? Plädoyer für den Wiederaufbau des Stadtschlosses“ eröffnete städtebauliche Debatte um die Berliner Mitte erinnert

2 Bauernfeind, Tonspuren. Das Haus des Rundfunks in Berlin, Berlin 2010, S. 71ff., zum Drahtfunk (DIAS – Drahtfunk im Amerikanischen Sektor) siehe Rexin, Manfred (Hrsg.): Radio-Reminiszenzen. Erinnerungen an RIAS Berlin, Berlin 2002.

3 Schivelbusch, Wolfgang: Vor dem Vorhang. Das geistige Berlin 1945 – 1948, Frankfurt a.M. 1997, S. 44.

4 In: Sonntag, 14.12.1947.

5 Heukenkamp, Ursula: Becher fuhr nicht nach Wroclaw, in: Hanuschek, Sven/Hörnigk, Therese/Malende, Christoph (Hrsg.): Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg, Tübingen 2000, S. 186.

gesichts der Zerstörungen auch vieler Kulturbauten, z.B. der Philharmonie, der Staatsoper oder Volksbühne, wurden provisorische Ausweichspielstätten hergerichtet und viele Veranstaltungen fanden draußen unter freiem Himmel statt.

Unmittelbar vor der Schlossruine traten Gesangs- und Tanzensembles der sowjetischen Streitkräfte auf. Im Lustgarten, dem Geviert zwischen Schloss, Dom, Museum und Spreekanal, gab es den ersten Nachkriegsweihnachtsmarkt. Reges Treiben mit Spiel-, Zirkus- und Artistikgruppen markierte begrenzte Freiräume und zugleich fanden ebendort erste politische Demonstrationen und Kundgebungen statt.



Lustgarten, 1. Mai 1946

Hatte auf die Novemberrevolution rekurrierend der Platz bereits vor 1933 als Versammlungsort der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gedient, so griff man schon 1946 mit der ersten Maikundgebung nach dem Krieg diese Tradition wieder auf.

Die Rednerliste des 1. Mai 1946 wurde von der in der Sowjetzone neu gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) dominiert. Die Zwangsvereinigung zur SED, die „Verschmelzung“ der Arbeiterparteien, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und KPD, lag gerade erst eine Woche zurück. Zu diesem Zeitpunkt fehlte der SED einerseits noch die Zulassung für die Westsektoren und andererseits war die sich dem Zusammenschluss verweigernde SPD ihrer Handlungsmöglichkeiten im Ostsektor weitestgehend beraubt und deren Redner zur Maikundgebung im Lustgarten nicht zugelassen worden. Die Einheitspartei war ein erster Schritt zur Teilung.

Kündeten draußen vor dem Schloss im Lustgarten Demonstrationen vom Aufbruch in dieses neue Deutschland, erfuhr die Schlossruine selber zunächst eine öffentliche Zwischenutzung. Die in nur provisorisch hergerichteten Räumlichkeiten des Schlosses gezeigten Ausstellungen: „Berlin plant“, die Kunstaussstellungen französischer Malerei und aus den Beständen der Berliner Museen, als auch eine Geschichtsausstellung zur

Märzrevolution 1848 boten Anstöße und – wenn auch beengt – Freiräume solange die neue Macht noch nicht fest etabliert war. Diesen vom Schloss ausgehenden Zeichen des Nachdenkens, der Identitätssuche, des Austauschs, des Anfangs und Neubeginns soll im Folgenden nachgegangen werden. Welche Zuständigkeiten gab es? Wie kam es zum Schloss als Ausstellungsort? Welche Akteure kamen zusammen? Was wurde gezeigt und wie ist es in der Öffentlichkeit der Viersektorenstadt wahrgenommen worden?

1950 fiel der Beschluss zur Sprengung, zum Abriss der Schlossruine. Der sich neu formierende Gleichschritt brauchte seinen Raum. Obgleich letztlich ohne Erfolg, gab es Proteste – und dies nicht nur jenseits der Demarkationslinie im Westen. Wie und durch wen konnten sich in der gerade gegründeten Deutschen Demokratischen Republik (DDR) widerständige Stimmen artikulieren und welche Konsequenzen waren zu tragen? Abschließend dann ein kurzer Ausblick auf die weitere Entwicklung des Schlossplatzareals nach 1950.

Auch wenn in den folgenden Ausführungen nicht der Umgang mit dem materiellen Erbe der Schlossruine im Mittelpunkt steht und das Schlossareal v.a. als ein Schnittpunkt der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte, des Beginns und eines noch offenen Neuanfangs gelesen wird, seien hier zunächst doch einige Anmerkungen zur baulich-materiellen Ausgangslage unmittelbar nach Kriegsende gestattet.

Kriegszerstörungen und baulicher Zustand der Schlossruine 1945

Berlin, auch als Rom des 20. Jahrhunderts gelesen, bot zum Ende des Zweiten Weltkriegs das Bild einer durch Bombardierungen und Kampfhandlungen bis zur Unkenntlichkeit zerstörten Metropole.

In das Berliner Schloss, das im Krieg lange Zeit weitestgehend verschont blieb, war bei einem Bombenangriff im Mai 1944 ein durch alle Etagen sich ziehendes Loch in die Fassade der Lustgartenseite unweit des Portals Nr. IV gerissen worden. Der Krieg, der von Berlin ausgegangen war, war nach Berlin zurückgekehrt und prägte den Alltag der Stadt. Die sich weiter verstärkenden Luftangriffe der britischen Royal- und der US-Air-Force auf die Reichshauptstadt erreichten am 3. Februar 1945 ihren Höhepunkt. Als die Regierungschefs der Anti-Hitler-Koalition gerade Richtung Krim zur Konferenz von Jalta auf dem Weg waren, gingen in Berlin erst englische und mittags auch amerikanische Bomben nieder. Über 2.500 Menschen starben, fast ebenso viele wurden verwundet und über 100 000 Menschen wurden obdachlos.⁶

Bei diesem Tagesangriff am 3. Februar 1945 wurde auch das Schloss erneut von mehreren Spreng- und vor allem Brandbomben getroffen. Da es kaum Löschversuche gab, brannte das Schloss über mehrere Tage hinweg in weiten Teilen aus. Verschont blieb der große Weiße Saal. Durch Umbauten Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Flügel an der Nordwestecke entlang der Schlossfreiheit eine eiserne Dachkonstruktion erhalten, so dass der im 2. Stockwerk gelegene Saal und einige Räume im Erdgeschoss des Schlossplatzflügels besser geschützt die Feuer überstanden. Beim Vorrücken der Roten Armee kam es Ende April 1945 aber auch dort zu schwerem Artilleriebeschuss und weiteren Schäden sowohl an der Schlossplatzfassade als auch am Eosanderportal. Das Innere des Schlosses war zu großen Teilen vernichtet, der Bau selber, die Außenmauern hatten den Zerstörungen jedoch vielfach getrotzt und standgehalten.⁷

6 Siehe Demps, Laurenz (Hrsg.): Luftangriffe auf Berlin. Die Berichte der Hauptluftschutzstelle 1940 – 1945, Berlin 2014(2), S. 305, sowie Berichte der Hauptluftschutzzentrale der Stadtverwaltung Berlin, in: ebd., S. 10008-1017.

7 „... nachdem das Schloss Berlin eine völlige Ruine ist, ... (kann) nur die vorläufige Sicherung des immer noch wertvollen architektonischen Bestandes infrage kommen...“ Bericht des Direktors der

Zuständigkeiten, Akteure und erste Sicherungsarbeiten

Berlin hatte am 2. Mai 1945 kapituliert und wurde für die nächsten zwei Monate, bis zum Einzug der westlichen Alliierten, von den Sowjets allein verwaltet. Nach der Aufteilung in Sektoren fiel der Bezirk Mitte und somit das Schlossareal in den Sowjetsektor. Die Staatlichen Schlösser und Museen, mithin auch das 1921 in der Berliner Residenz eingerichtete Schlossmuseum waren auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) der Treuhänderschaft des Groß-Berliner Magistrates, später des Ost-Berliner Magistrates, unterstellt.

Der Sowjetische Stadtkommandant, Generaloberst Bersarin hatte durch Walter Ulbricht schon im Mai 1945 den ersten Nachkriegsmagistrat aufstellen lassen. Der Kommunist Ulbricht war mit einer Gruppe getreuer Genossen aus Moskau eingeflogen worden, um in Berlin, noch vor Eintreffen der westlichen Alliierten, neue Verwaltungsstrukturen mit "zuverlässigem" Personal und eigener Besetzung der Schlüsselpositionen aufzubauen. "8

Karl Maron, der mit Ulbricht nach Berlin gekommen war, hatte den parteilosen Architekten Dr. Arthur Werner, der bis dato eine technische Privatschule betrieben hatte, als Oberbürgermeister gewinnen können, wobei Maron selber dann dessen Erster Stellvertreter wurde. Kommunisten hatten zwar nicht die Mehrheit im Magistrat, waren aber von vornherein die stärkste Gruppe. Nach Gründung der SED im April 1946, von dieser dann auch nominell beherrscht, wurde er schlicht als „SED-Magistrat“ titulierte. Der Magistrat verhandelte v.a. Finanzen, Ernährungs-, Gesundheits-, Transport- und ganz zentral: auch Personalfragen.

Das Ressort für Bau- und Wohnungswesen wurde mit dem parteilosen Hans Scharoun⁹ besetzt und als Stellvertreter wurde ihm der KPD-Mann Heinrich Starck an die Seite

Erlebnisse am Rande

Die Fenster der S-Bahn sind leicht geöffnet, so daß sie wie Müchle ausströmen. Günstig für phantasievolle Gemüter, um daran ihre Zeitschwandlungen auszusuchen oder wichtige Dinge auf die Welt zu übertragen. Ich denke dabei nicht an die wohlgenährte Wirkung der letzten Kriegsjahre, die man damals so oft an den getrunnen Schindeln und in der "Vorzeit - SS hört mit!" Heute aber ist etwas ganz anderes an der Scheibe der Schieber, wenig Worte aber sehr deutlich geschrieben, vielleicht mit dem Fingeranzug in den letzten Einheiten geschrieben: "Fotografie, ich hab dich so lieb."

Die 74 ist mal wieder so voll, daß kein Apfel zur Erde fallen kann. Und der Schaffner hat es nicht leicht, sich durch das Gedränge seinen Weg zu bahnen, noch weniger leicht, die Debersicht zu behalten, ob noch wirklich jeder seinen Fahrschein hat. Er ahnt hellächtig, daß da so mancher sich köhnt, der sich zu drücken sucht. Darum klingt seine Stimme laut und väterlich mahnend durch den Wagen: "Die Herren Schwarzfahrer bitte zur Kasse! Wer ist also noch nicht abgerechnet?"

Die Leute haben die "Schwarzfahrer" zahlen, auch, die sie am Ende doch erwischen werden. Und neben mir sagt eine biederer Stimme: "Mir Mensch, der kennen wir doch - abends spielen wie ne Die Kicken und hier 20 Pennig sparen! Ahn is nich - unsse Schaffner is joldrichlich!"

Traures Spielzeug

Was sagt das Preisgeld dazu? Wir erhalten folgende Zuschrift: "Ich habe heute den Penzower Weihnachtsmarkt besucht und möchte dem Herrn des Preisgeldes empfehlen, dieses Markt auch sich mit einem Besuch abzusuchen. Die Preise, welche dort für Spielzeuge verlangt werden, spotten einfach jeder Preisvorstellung. Es wird u. a. eine Holzbank angeboten. Diese Bank hat eine Abmessung von 15 mit 15 cm, besteht also aus ein paar dünnen Bretchen und kostet 12.50 Mark! Jeweill zwölf Mark und 50 Pfennig! Man frage sich hierbei, wie kommt dieser Preis zustande? In normalen Zeiten wird dieser Gegenstand höchstens

Denkmalstrümmer werden gesammelt

Es ist noch Leben im Berliner Stadtschloß

Wer an den ausgetragenen Fassaden des Berliner Stadtschlosses vorbeigeht, staunt nicht, daß noch Leben in diesen Ruinen ist, und daß von dem mit der Gewichte der Stadt seit 40 Jahren ausgesetzt verfallenen Mauern noch irgend etwas erhalten blieb. Viel ist es auch nicht, denn der vierjährige Brand im Februar hat gründliche Arbeit geleistet und vor allem von der kostbaren Einrichtung der Räume so gut wie nichts übriggelassen. Was dabei zerstört wurde, ist aber doch immerhin ersinnenswert und verdient, in irgendeiner Form der Nachwelt überliefert zu werden, denn auch wenn heute tausende andere auf solchen Trümmern und die Not der Lebenden selbstverständlich Vorrang hat.

Unser Entdeckungszug in den gewaltigen Ruinenfeld des Schlosses begannen wir gegenüber dem Marstall, wo sich Neptun noch hinter einer Barockreliefdarstellung verbirgt und nur mit seinem Dreifaß ausstrahlt, daß er noch da ist. Hinter der schweren Eisenpforte des Schlosses empfängt uns wieder ein Pläntler - allerdings nicht um uns eine Eintrittskarte zur Besichtigung zu verkaufen. Nengierige haben hier nichts zu suchen. Es ist im Gegenteil eine Baulücke, die in wenigen erhalten gebliebenen Erdgeschossebenen des Schlosses die Ruine aufschließen hat. Im ehemaligen Staatsaal, noch durch eine schöne Decke und Marmorwände geschützt, klappern die Schreik- und Hochwasserstimmen, denn die Firma hat über 1000 Bauarbeiter und Arbeiterinnen, die auf verschiedenen Stufen im Bezirk Stadtschloß mit der "Denkmalstrümmer" beschäftigt sind.

Auf dem Schloßhof, in dessen Mitte der noch unverstärkte bronze St. Georg seinen stummen Kampf mit dem Drachen sieht, lagern bronzene Arme, Rüstungen, liegen lang ausgestreckte Becken, und symbolische Feuerschüsselchen die wir als Bestandteile Berliner Denkmäler wieder zu erkennen glauben. Alle Trümmer Berliner Denkmäler sowie wertvolle Architekturstücke, z. B. Schütten-Markisen von Zeughaus, werden jetzt auf dem Schloßhof gesammelt und in den Kellergebäuden eingelagert.

Wenn nicht die alten Fensterhüllen wären, findet man manche Schloßhöle wie den kostbaren Schütten-Ofen wenig verändert. Das gute

Aussehen der Fassaden blüht jedoch oft, alle Plastik ist zur Strecke gekommen mit einem einzelnen Kern. Die Griechen, die ihre Kunst dem Marmor anvertrauten, haben uns jedenfalls dauerhafteres hinterlassen. Abgerissen wird nur, was einstrahlungsfähig ist. Sogar wird hier genau so entnommen wie in ausgetragenen Berliner Wohnvierteln, nur daß hier besondere Probleme auf Hand sind, die Wertvolles in Sicherheit bringen.

Ruinen, Ruinen überall. Ausgestirmt sind die privaten Gemächer der Hohenzollern an der Spreeufer, der grüne Hof, der Apollonker-Flügel, die Staatsräume und die Spiegelgalerie am Langgarten mit dem historischen Balkon. An der Ecke gegenüber dem Zeughaus gibt es eine Überwachungs- und Weisse Stal steht noch, zwar stark mitgenommen und mit durchlöcherter Decke. Der Schloßhof am Weißen Saal war der einzige, der eine eisernen Dachkonstruktion besaß, daher sind auch einige Räume des draußeliegenden Schloßmuseums erhalten, wenn es noch weiter genug ist, was

an kunstgewerblichen Schätzen und Einrichtungsgegenständen der Krieg überstanden. Auch ein anderes Werk des ausgetragenen Jahrhunderts, die Eosanderkapelle, steht noch. Ein paar Treppenhäuser und die paar stehende stehende Räume für den Schloßmuseums - das ist das was uns übrig alles übrig bleibt, was von dem großen historischen Baukomplex der Berliner Innensiedlung erhalten blieb. Alles dies soll - mit verschiedenen Mitteln, mit Altstoffen und ohne besonderen Geldaufwendungen des Magistrates - jetzt vor Witterung geschützt werden. So soll der Weiße Saal ein Stück erhalten, wertvolle Einzelteile der Fassaden werden durch sogenannte Facharbeiter gesammelt, Brücken vom Schutt entlastet und durch einfache Bauelemente ersetzt gemacht.

Wenig kann, und wenig darf nur geschehen, damit sich die Lebenden nicht beklagen können, denen ein fehlendes Dach noch wehert tut, die einer nachher Anwerbe aus dem achtzehnten Jahrhundert.



Denkmäler, die auf einem städtischen Lagerplatz in Treptow den Krieg überstanden haben, werden auf ihre Wiederaufstellung. Foto: Zwick

Berliner Zeitung

Nr. 181 Donnerstag, 16. Dezember 1945

Menschlichkeit

Wir sehen ihn in diesen Tagen oft, den Blick stiller Verwundung, wenn sich Menschen nicht mehr zornig wehren können. Man findet ihn am häufigsten bei alten Leuten. Denn ältere Menschen, die sich bewegen und sich dadurch erwärmen können, frieren nicht so wie diejenigen, die viele Stunden hindurch stillstehen.

Diese Zeit der harten Winterkälte ist ein Prüfstein dafür, ob wir uns eines Punktes von Menschlichkeit, von Warmherzigkeit und Barmherzigkeit bewahrt haben, ob wir bereit sind, dies alles wieder zu lernen. Zweit Jahre lang sind tausende Menschen von der sogenannten "Volksopferung" getrennt worden. Aber es hat sich gezeigt, daß eine Moral, die auf der einen Seite reichhaltig die Opferbereitschaft vertritt, auf der anderen Seite nicht beklagen können, denen ein fehlendes Dach noch wehert tut, die einer nachher Anwerbe aus dem achtzehnten Jahrhundert.

(ehemals) Staatlichen Schlösser und Gärten zum Bauzustand der Berliner Schlösser vom 06.02.1946 in: LAB C Rep. 120 Nr. 465, Bl. 8f.
8 Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Leipzig 1990, S. 406.
9 Scharoun, bis 1933 Professor für Architektur und Kunstgewerbe, einer der wichtigsten Vertreter der organischen Architektur, des Neuen Bauens (Vorstandsmitglied des Werkbundes, Wohnsiedlung

gegeben. Von Scharoun im August und September 1945 vorgelegte Kostenvoranschläge für Sicherungsarbeiten am Berliner Schloss waren vom Magistrat zunächst abgelehnt worden. In der 24. Magistratssitzung am 1. Oktober 1945 wurde erneut ein entsprechender Antrag Scharouns, nunmehr von Oberbürgermeister Werner, begründet. Mit dessen Autorität bewilligte der Magistrat dann 45 000 Reichsmark¹⁰ zur Sicherung von Räumen und zur Unterbringung geborgener Kunstschatze im Stadtschloss. Kritik an dem Vorhaben hatte Werner mit dem Argument entkräftet, dass der wiederhergestellte Weiße Saal auch für Versammlungszwecke genutzt werden könnte.

„Es ist noch Leben im Berliner Stadtschloss“, titelte die *Berliner Zeitung* im Dezember 1945 und führte aus: „Ruinen, Ruinen überall. Ausgebrannt sind die privaten Gemächer der Hohenzollern an der Spreefront, der grüne Hut, der Apothekenflügel, die Staatsräume und die Spiegelgalerie am Lustgarten mit dem historischen Balkon. An der Ecke gegenüber dem Zeughaus gibt es eine Überraschung, der Weiße Saal steht noch, zwar stark mitgenommen und mit durchlöcherter Dach. Der Schloßteil am Weißen Saal war der einzige, der eine eiserne Dachkonstruktion besaß [...] Alles dies soll - mit bescheidenen Mitteln, mit Altstoffen und ohne besonderer Geldzuwendungen des Magistrats – jetzt vor Wetterunbill geschützt werden. So soll der Weiße Saal ein Notdach erhalten, wertvolle Einzelheiten der Fassaden werden durch sogenannte Pultdächer geschützt, Decken von Schutt entlastet und durch einfache Bindemittel regensicher gemacht. Wenig kann, und wenig darf nur geschehen, damit sich die Lebenden nicht beklagen können, denen ein fehlendes Dach noch weher tut als einer nackten Amorette aus dem achtzehnten Jahrhundert.“¹¹

Schwerpunkt der Arbeit der Abteilung Bau- und Wohnungswesen war im Winter 1945/46 indes in der Tat ein anderer: Entrümmerungen, Notreparaturen, Instandsetzungen und Wohnraumbewirtschaftung. In seinem in den Weihnachtstagen verfassten Tätigkeitsbericht für die Monate Mai bis Dezember 1945 zeichnete Scharoun ein nüchternes Bild der Situation, v.a. der Arbeitskräftesituation:

Für die Bauaufgaben der Besatzungsbehörden mit 580 Objekten stünden 15 000 Arbeitskräfte zur Verfügung. Für öffentliche Bauten (Schulen, Krankenhäuser, Museen etc.), mit insgesamt knapp 2000 Objekten weist Scharoun 16 000 Arbeitskräfte aus. Im Wohnungssektor seien 12 000 Arbeitskräfte eingesetzt. Die englischen Besatzer würden mit Materiallieferungen gut unterstützen, die Amerikaner hingegen nur in Abhängigkeit der Mitwirkung von Einzelpersonen. „Die Franzosen fühlen sich als Gäste“ und helfen überhaupt nicht. Die Sowjets würden zwar liefern, die Materialien aber fast ausschließlich für eigene Kommandantur- und Verwaltungsbauten verbrauchen.

Die Stadtplanung müsse, so Scharoun weiter, v.a. von strukturellen, soziologischen Gesichtspunkten ausgehen. Was bedeute der im Potsdamer Abkommen genannte „mittlere Lebensstandard“ für Deutschland? Zur Entwicklung neuer stadtplanerischer Ideen hatte Scharoun bereits im September 1945 ein wöchentlich tagendes „Internationales Komitee“ aus gleichberechtigten Fachleuten der Besatzer gebildet und damit einen unter strukturellen und soziologischen Gesichtspunkten geführten Austausch zum Thema: „Die neue Wohnung“, „Die neue Stadt“ initiiert.¹²

Anfang Januar 1946 wurde der Tätigkeitsbericht im Magistrat diskutiert und Scharoun – wegen dieses „Internationalen Komitees“ – als zu abgehoben kritisiert: „Die Abteilung

Siemensstadt, wo er selber auch seit 1930 wohnte), hatte in der NS-Zeit als freier Architekt gearbeitet.

¹⁰ LAB C Rep. 120 Nr. 2029, B1.84.

¹¹ Berliner Zeitung, 13.12.1945, S. 2.

¹² Tätigkeitsbericht Scharoun Mai bis Dezember 1945, in: Sitzungsprotokolle, Bd. II, Dok. 60, S. 62ff.

hat sich etwas zu sehr isoliert ... und einen kleinen Staat für sich gebildet“, so der KPD-Bürgermeister Maron und Scharoun wurde daraufhin ein Arbeitsausschuss an die Seite gegeben.¹³

Die Bauausstellung „Berlin plant“

In seinem im Februar 1946 bei der Alliierten Kommandantur eingereichten Antrag auf Genehmigung einer für Mai beabsichtigten Bauausstellung benannte Scharoun die 1939 für Adolf Hitler erbaute Neue Reichskanzlei als „geeigneten Ort für die Ausstellung“.

Im Scharounschen Nachlass findet sich dazu im Exposé: „Ausstellung des Hauptamtes für Planung – Mai 1946“ zur Begründung, dass „an die Verwendung der ehemaligen Reichskanzlei als Ausstellungsraum ... deshalb gedacht [sei] um mit der ersten, richtunggebenden Ausstellung für den Neubau dort zu beginnen, wo die Zerstörung Berlins symbolisch ihren Abschluß fand. Außerdem sind die Räume umfangmäßig und dem Zustand nach für die Aufnahme einer solchen Ausstellung geeignet.“¹⁴

Am 25. April 1946 ermächtigte die Alliierte Kommandantur den Magistrat „im Schloß eine Ausstellung zu veranstalten, die den Wiederaufbauplan der Stadt Berlin zur Schau bringt“.



Titelseiten der sowjetisch lizenzierten Neuen Berliner Illustrierten mit SED-Bürgermeister Maron (li) und Baustadtrat Scharoun (re)

Die Benutzung der Neuen Reichskanzlei wurde damit gleichzeitig untersagt.¹⁵ Im Magistrat gab es zunächst einen Schlagabtausch um die Finanzierung der Ausstellung. Scharoun argumentierte, dass der Weiße Saal „gewissermaßen zufällig“ bei den Wiederherstellungsarbeiten als Ausstellungsraum gewonnen wurde. Bis Mai 1946 seien 35 000 Reichsmark ausgegeben worden¹⁶ - und jetzt wären (nur noch) weitere 20 000 Reichsmark notwendig für Material: 4 t Zement, 30 m³ Holz und 150 m² Fensterglas. Schließlich wurde aber sogar noch aufgesattelt und ein die Ausstellung begleitender Wettbewerb ausgelobt. Dem Preisgericht sollten jedoch nicht nur, wie von Scharoun vorgeschlagen, Magistratsmitglieder, Architekten, Wissenschaftler und Mitarbeiter der Bauabteilung, sondern auch „Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ angehören.¹⁷

Die im Weißen Saal des Schlosses vom 22. August bis 15. Oktober 1946 präsentierte Ausstellung: „Berlin plant, Erster Bericht“ stellte der Öffentlichkeit die umfangreichen stadtplanerischen Grundlagenarbeiten der Scharounschen Magistratsabteilung

13 41. Magistratssitzung, 14.01.1946, in: ebd., Bd. II, S. 87.

14 ADK, NL Scharoun, Mappe Mag 2/3, zit. nach: ebd., Bd. II, Anm. 33, S. 700f.

15 LArch Berlin (STA), Rep. 101, Nr. 63, Bl. 129, zit. nach: ebd.

16 Laut einer Zusammenstellung des Hochbauamtes über die Mittel für bauliche Instandsetzungen an den Gebäuden der ehem. Staatl. Museen sind diese Gelder nur z.T. abgeflossen und für das Stadtschloß bis zum 31.10.1946 insgesamt nur 30.231,50 RM ausgegeben worden. LAB C Rep. 120 Nr. 2029, Bl. 87.

17 Sitzungsprotokolle, Bd. II, S. 729.

für Bau- und Wohnungswesen vor. Es war ein Planungsbericht, die Vorstellung eines neuen Berlin, keine lose Ideenansammlung, sondern eine systematische Verknüpfung zu einem umfassenden Strukturplan und Sofortprogramm. Damit stand dieser Kollektivplan in der Tradition moderner Stadtplanung aus der Zeit vor 1933. Die Stadt sollte also nicht einfach wiederbelebt, sondern völlig neu gedacht, neu aufgebaut werden.

Dazu Hans Scharoun in seiner Rede zur Eröffnung der Ausstellung: „Was blieb, nachdem Bombenangriffe und Endkampf eine mechanische Auflockerung vollzogen, [es] gibt uns die Möglichkeit eine „Stadtlandschaft“ zu gestalten... aufzugliedern ... zu ordnen, wie Wald, Wiese, Berg und See...“¹⁸ Ein Ausstellungskatalog kam angesichts der Zeitumstände und der Ablösung Scharouns Ende 1946 nicht mehr zustande.¹⁹ Nur ein kleines Beiheft, das die einzelnen Abteilungen der Ausstellung vorstellt. Von A: Städtebauliche Thesen, bis E: Bauwissenschaftliche Forschung, mit Modellen industriell vorfabrizierter Häuser, führt das Heft durch die Bereiche Wirtschaft, Versorgung, Verkehr, Wohnen, Kultur, Erholung. Im Kontext eines neuen gesellschaftlichen Konzeptes sah der Kollektivplan eine grundlegende Neustrukturierung des Stadtraumes vor. Getragen von Vorstellungen der öffentlichen Verfügbarkeit von Grund und Boden sollte sich Berlin als eine aufgelockerte, „organische Stadtlandschaft“ entwickeln. Klar strukturierte Wohn- und Arbeitsflächen sollten in einer neuen lebendigen Ordnung mit planfreien Verkehrswegen verbunden werden.

In der Presse erfuhr die Ausstellung v.a. ein beschreibendes und wohlwollendes Echo. Die *Neue Berliner Illustrierte* begrüßte, dass „durch planvoll gegliederte Gestaltung die vorbildliche Weltstadt sozialer Prägung entstehen“ solle.²⁰ Im *Tagesspiegel* sah Edwin Redslob die Planungen als „Rettung der Großstadt“ - „Es handelt sich um mehr als um eine Ausstellung... um mehr als bloß um Propaganda,

es geht um eine Baugesinnung, um eine neue Planung und Gliederung...“²¹ Indirekte Unterstützung erfuhr das Planungskollektiv auch durch Martin Wagner²² mit seinem im Septemberheft der Kulturzeitschrift *Aufbau* publizierten Beitrag: „Wenn ich Baumeister von Deutschland wäre“. Wagner postulierte: „Was wir im 20. Jahrhundert zu erstreben haben, ist nicht der Wiederaufbau und die Erweiterung entarteter Stadtgebilde, sondern eine Stadt-Land-Kultur...“²³

Die *Tägliche Rundschau*, die Zeitung der sowjetischen Besatzungsmacht, pries die Ausstellung als „überzeugenden Rechenschaftsbericht Marons“, der in einer „temperamentvollen“ Rede von „Neuen Menschen in neuen Häusern“ gesprochen habe.²⁴ Der sozialdemokratische *Telegraf* fragte dagegen kritisch: „Was nützen uns die schönen Häuser, die im weißen Saal an die Wand gemalt sind?“²⁵ Vier Wochen später brachte es der *Telegraf* dann auf den Punkt: „Auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens haben

18 Zit. nach: Neue Bauwelt, H 10/1946, S. 3.

19 Zur Dokumentation der Ausstellung, siehe: Geist, Johann Friedrich/Kürvers, Klaus: Das Berliner Mietshaus 1945 – 1989. Eine dokumentarische Geschichte der Ausstellung „Berlin plant/Erster Bericht“ 1946 und der Versuche auf den Trümmern der Hauptstadt des Großdeutschen Reiches ein neues Berlin zu bauen, aus dem dann zwei geworden sind, München 1989, S. 180ff.

20 Neue Berliner Illustrierte, H 31/1946, S. 1ff.

21 Tagesspiegel, 23.08.1946.

22 Martin Wagner, ein Vertreter des Neuen Bauens, der als Berliner Baustadtrat ab 1926 moderne Großsiedlungen und die Umgestaltung des Alexanderplatzes initiieren konnte, war nach seiner Amtsenthebung 1933 emigriert und lehrte nunmehr in Cambridge Städtebau und Landesplanung.

23 Aufbau, H9/1946, S. 876.

24 Tägliche Rundschau, 23.08.1946, S. 2.

25 Telegraf, 25.08.1946, S. 4.

die Auserwählten der SED genau so wie in allen anderen Zweigen der praktischen Gemeindegemeinschaft unbeirrbar und unbelehrbar nur politische Positionssicherungen im Auge gehabt [...] Wo bleibt bei all diesem Treiben der notleidende Berliner?“²⁶

Hier scheint das Wahlkampfgetöse jener Tage auf. Die Bauausstellung wurde im Weißen Saal bis zum 15. Oktober 1946 gezeigt, am darauffolgenden Sonntag, dem 20. Oktober, erlebte Berlin die erste Wahl nach dem Krieg und die SED mit nicht einmal 20% eine herbe Niederlage. Die SPD kam auf fast 50% der Stimmen. Scharoun wurde zunächst beurlaubt und dann durch den SPD-Mann Karl Bonatz ersetzt, der 1947 seinen eigenen „Neuen Plan“ verfolgte. Sieht man von der abgespeckten „Wohnzelle Friedrichshain“²⁷ einmal ab, blieb - angesichts der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Stadt - dem Kollektivplan von 1946 eine Umsetzung weitestgehend versagt.

Die Kunstausstellungen 1946/47

Bereits unmittelbar nach der Berlin-Wahl machte der für die Präsentation der Stadtplanungsideen durch die Abteilung Bau- und Wohnungswesen provisorisch hergerichtete Weiße Saal des Stadtschlusses mit weiteren kulturpolitischen Großereignissen, mit zwei Kunstausstellungen von sich reden. Die Bildungs- und Kulturpolitik war für die Siegermächte eine wesentliche Komponente der Besatzungspolitik. Durch Reformen im Schulwesen und durch kulturelle Aufklärung sollte die geistige Ödnis, die der Nationalsozialismus hinterlassen hatte, mit lizenzierten Film- und Theateraufführungen und eben auch durch Kunstausstellungen und Museumsarbeit abgebaut und die Deutschen im humanistischen und demokratischen Sinne umerzogen werden.

„Rückkehr der Arche Noah“ - die Ausstellung französischer Malerei

Ogleich zunehmend unterschiedliche Gewichtungen und Inhaltssetzungen in den einzelnen Sektoren zutage traten, blieben bis 1947/48 unter dem Dach der Alliierten Kommandantur auch verschiedene Formen kulturpolitischer Kooperationen nicht aus. So konnte, da der französisch besetzte Sektor Berlins mit den Bezirken Reinickendorf und Wedding über keine eigenen nennenswerten Kultureinrichtungen verfügte, am 21. Oktober 1946 von der französischen Kulturabteilung eine mit großer Resonanz aufgenommene Ausstellung in dem im Sowjetsektor gelegenen Stadtschloss eröffnet werden.

Durch interalliiertes Zusammenwirken hatte die Division „Education et Affaires Culturelles“ bereits im Sommer 1946 eine erste viel beachteten Ausstellung „Zeitgenössischer französischer Grafik“ im Hause der ehemaligen Reichskulturkammer in der Schlüterstraße im Britischen Sektor gezeigt. Im Weißen Saal des Berliner Schlosses präsentierte die Mission Culturelle nunmehr „Moderne französische Malerei“ und der französische Generalinspekteur Hepp dankte in seiner Eröffnungsansprache zunächst dem sowjetischen Stadtkommandanten Kotikow für die Bereitstellung der Räumlichkeiten.

²⁶ Ebd., 27.09.1946, S. 3.

²⁷ Die vom Planungsaktiv avisierte „organischen Stadtlandschaft“ sah voneinander getrennte Arbeits- und Lebensbereiche - „Zellen“ (Gewerbe-, Produktions-, Wohnzellen etc.) vor. Von der südlich der Frankfurter Allee für 5000 Einwohner geplanten Wohnzelle wurden 1949-1951 zwei von Scharouns Mitarbeiterin Ludmilla Herzenstein in der Tradition der Moderne entworfene Laubenganghäuser errichtet. Noch vor ihrer Fertigstellung ins Fadenkreuz der Formalismus-Kritik geraten, wurde beginnend mit dem „Hochhaus an der Weberwiese“ und der weiteren Stalinalleebebauung ab 1952 der Neoklassizismus durchgesetzt.

Vgl. unten: III. Parteitag und neue Stadtplanung

Die Ausstellung versammelte viele bedeutende Werke französischer Malerei aus der Zeit des Impressionismus bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Gezeigt wurden 130 Gemälde von Braque, Chagall, Gauguin, van Gogh, Matisse, Modigliani, mehrere Picassos, Renoir u. v. a. m. Leihgaben aus dem Louvre, aus Museen für moderne Kunst, der Kunstdirektion der amerikanischen Militärverwaltung, einigen Pariser Galerien und von Privatpersonen. Diese Ausstellung, die nur gut ein Jahr früher, angesichts der nationalsozialistischen Kulturpolitik und deren Ächtung der künstlerischen Moderne, in Deutschland undenkbar gewesen wäre, sollte für viele Ostdeutsche schon bald wieder jenseits aller Vorstellungskraft liegen. Mit dem Kampf gegen Formalismus, Kosmopolitismus und Dekadenz als spätbürgerliche Verfallserscheinungen wurden in der Sowjetzone und frühen DDR gerade Künstler wie etwa Chagall oder Picasso attackiert, die schon unter den Nazis als „Entartete“ aus den Sammlungen verbannt worden waren.²⁸



1946 waren die Pressestimmen jedoch einhellig positiv und die Ausstellung wurde dankbar als Geste der Versöhnung angenommen.

Katalog „Moderne Französische Malerei

Der Rezensent der *Berliner Zeitung* Friedrich Schwerdfeger schwärmte:

„Diesem Reichtum, dieser Fülle von Bildern und Gesichtern mit Rubrizierung und Werturteil begegnen erscheint uns, die wir so lange, so schrecklich lange keine Originale der großen Kunst sehen durften, heute fast wie ein Frevel. Freuen wir uns, daß uns diese beglückenden Gaben des Genius, diese tiefen Einblicke in die Wirklichkeit an der Wende zu einem neuen Leben zuteil werden.“²⁹

Auch Hans Kreuzer im *Tagesspiegel* war ganz begeistert: „Die Eröffnung der Ausstellung moderner französischer Malerei im Weißen Saal des Berliner Schlosses bedeutete mehr als ein Ereignis in unserem kulturellen Neubeginn. Denn es ergab sich hier nicht nur die Möglichkeit eines Überblicks über das Heute in der Malerei Frankreichs, sondern dieses Ereignis war als ein Friedensschluß der Kulturwelt aufzufassen, die Rückkehr der Arche Noah mit dem Wertvollsten, was am Leben geblieben nach der Sintflut der Vergangenheit.“³⁰

Der *Telegraf* sah hier: „Ein leuchtendes Fest der Farbe in Ruinen. Im düsteren Ruinengrau des Berliner Schlosses – ein Wunder fast, dass es hier von Decken und Wänden

²⁸ Vgl. hierzu auch die Rezeption der Allgemeinen Deutschen Kunstausstellung in Dresden 1946, Die Rehabilitierung der Moderne, in: Steinkamp, Maike: Das unerwünschte Erbe. Die Rezeption ‚Entarteter‘ Kunst in Kunstkritik, Ausstellungen und Museen der SBZ und frühen DDR, Berlin 2008, S. 105-113; Zur Formalismusdebatte siehe weiter unten.

²⁹ Berliner Zeitung, 23.10.1946, S. 3.

³⁰ Tagesspiegel, 23.10.1946.

geschirmten Raum gibt – blüht es leuchtend von Bildern. Diese Ausstellung ... bedarf nicht der Propaganda! ...schon am ersten Vormittag ... drängten sich die Besucher.³¹

Und das *Neue Deutschland* titelte daraufhin: „Triumph der französischen Malerei. Die Ausstellung moderner französischer Malerei im Berliner Schloß ist fast zu einem Wallfahrtsort für die Berliner geworden. Man könnte vermuten, im Schloß wäre markenfreie Butterverteilung, so groß ist der Andrang zu der Ausstellung.“³² Die Ausstellung zählte in nur zwei Wochen über 25 000 Besucher.

„*Wiedersehen mit Museumsgut*“

Ganz im Sinne der Orientierung und Verständigung stand auch die nächste große Ausstellung im Weißen Saal, die von Ludwig Justi³³ organisierte Schau: „Wiedersehen mit Museumsgut“, die schon sechs Wochen später zu Weihnachten 1946 im Berliner Schloss präsentiert wurde. Justi selbst hatte sich noch wenige Wochen zuvor in einem Schreiben an den Leiter der Abteilung Museen und Sammlungen des Berliner Magistrates gegen die Nutzung des Schlosses verwahrt: „Der Weiße Saal ist zur Ausstellung von Kunstwerken so ungeeignet wie nur denkbar. Es wäre richtiger gewesen, sofort das Erdgeschoss der National-Galerie herzurichten, wie ich alsbald nach Übernahme meines Amtes flehentlich gebeten habe. Jetzt verlangt die russische Kommandantur, daß ich sofort eine Ausstellung machen soll und zwar im Schloß. Nach langer Erstarrung wird also die allseits erwartete Aktivierung der Museen mit einer Schau in höchst ungünstigen Räumen beginnen; die Verantwortung hierfür trifft nicht mich.“

Justi versicherte, dass an der Nationalgalerie „lediglich ein paar Löcher in der Decke zu flicken“ wären und „...daß es nicht nötig sei, kleine Schäden an den Profilen usw. auszubessern; sie störten nicht und wir brauchten uns solcher Schäden nicht zu schämen. Wir hätten ja die Bomben nicht geworfen.“³⁴ Die einst reichen Bestände der Berliner Museen waren durch die Zerstörungen des Krieges, durch Auslagerungen und Abtransporte in die Sowjetunion stark gemindert.

Die der Magistratsabteilung Volksbildung zugeordnete „Zentralstelle zur Erfassung und Pflege von Kunstwerken“ hatte bereits im Februar 1946, nach ersten eher improvisierten Ausstellungen in der Landwirtschaftlichen Hochschule und im Wandelgang des Admiralspalastes, „die Einrichtung guter und leicht erreichbarer Ausstellungsräume oder die Errichtung eines Kunstgebäudes“ als dringend notwendig erachtet.³⁵ Auch Justi sah, neben der Erarbeitung einer (Rest-)Bestandsübersicht und ersten Bemühungen zur Wiedergewinnung verstreuter Kunstgegenstände, als wichtigste Aufgabe, die noch vorhandenen Werke der Öffentlichkeit zu erschließen und durch Ausstellungen zugänglich zu machen.

Für diese erste Präsentation im ruinierten Stadtschloss hatte man nun zusätzlich zum Weißen Saal auch einige darunter gelegene Räumlichkeiten des einstigen Schlossmuseums zugänglich gemacht. Gezeigt wurden Kunstwerke fast aller Bereiche: aus den ägyptischen, vorderasiatischen und islamischen Abteilungen, aus den Museen für Vor- und

31 Felix A. Dargel, in: *Telegraf*, 24.10.1946, S. 5.

32 *Neues Deutschland*, 01.11.1946, S. 5.

33 Der Kunsthistoriker Ludwig Justi, 1909 zum Direktor der Nationalgalerie berufen, öffnete – nach Abdankung der Hohenzollern – mit dem Aufbau der Neuen Abteilung im Kronprinzenpalais die Nationalgalerie der Moderne. 1933 beurlaubt, musste Justi den Feldzug gegen die als „entartet“ diffamiierte Kunst und mithin die Ausplünderung der von ihm aufgebauten Sammlungen miterleben. 1946 vom Magistrat zum Generaldirektor der ehem. Staatl. Museen berufen, sollte mit dem Namen Justi an die humanistischen Tendenzen der Kulturpolitik der Weimarer Republik und den Weltruf der Berliner Museen angeknüpft werden.

34 LAB C Rep. 120 Nr. 2029, Bl. 89.

35 Ebd., Bl. 8.

Frühgeschichte, der Gemäldegalerie, des Kupferstichkabinetts und der Nationalgalerie. Wie schon in der französischen Ausstellung wurden wiederum auch Werke einiger, von den Nazis gebrandmarkten Künstler gezeigt, die wenig später der Formalismuskritik³⁶ anheimfielen. Werke von Ernst Barlach, Erich Heckel, Carl Hofer, Wilhelm Lehmbruck, Max Pechstein, Karl Schmidt-Rottluff, die der systematischen Vernichtung von „Entarteter Kunst“ entgangen waren.

War die französische Malerei gemeinhin gefeiert worden, fand die Ausstellung „Wiedersehen mit Museumsgut“ nur sehr verhaltenen Zuspruch: „Sonst macht Wiedersehen Freude,“ hieß es bei Edwin Redslob im *Tagesspiegel* „...hier zeigt sich erst recht, was wir vermissen und wie betrüblich es ist, wenn nur Restbestände gezeigt werden können: Depotstücke die der Vernichtung und dem Abtransport entgingen.“³⁷

Auch die *Berliner Zeitung* fragte: „...mit banger Sorge: Ist das alles? Ist von den Schätzen der Berliner Museen nur diese verhältnismäßig kleine Auswahl übriggeblieben?“³⁸ 1947 hatte es mehrfach Rückführungsaktionen von aus dem Schlossmuseum ausgelagerten Kunstgegenständen u.a. aus Thüringen gegeben. Eine Rückgabe der 1945 in die Sowjetunion verbrachten Kunstgegenstände begann erst in den 1950er Jahren, z.T. erst nach 1990 und ist bis heute nicht abgeschlossen.



Beiheft „Wiedersehen mit Museumsgut“

Die „Jahrhundertausstellung“ 1948

Nachdem im Herbst 1947 mit kaum öffentlicher Resonanz die Wettbewerbsergebnisse „Berlin plant“³⁹ präsentiert worden waren, gab es im Folgejahr noch ein letztes Großprojekt im Weißen Saal des Schlosses: die Jahrhundertausstellung in Erinnerung an die Märzrevolution von 1848. Fast ein Jahr nach der gescheiterten, letzten gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz konnte die SPD-Oberbürgermeisterin Luise Schröder als Ehrengäste die Oberbürgermeister Walter Kolb aus Frankfurt am Main, Max Brauer aus Hamburg und Karl Scharnagl aus München begrüßen.

Eröffnet wurde diese Magistratsausstellung am 17. März 1948 durch den Stadtrat für Volksbildung Walter May (SPD). Die Präsentation begleitend, hatte der nach 1945 wieder eingesetzte Stadtarchivar Ernst Kaeber⁴⁰ im Auftrage des Magistrats eine umfassende, sachliche Darstellung „Berlin 1848“ im *Aufbau-Verlag* vorgelegt. Im Beiheft der Ausstellung heißt es: „Wiederum ertönt – wie 1848 – der Ruf nach Freiheit und Einheit. [...] Aus den Erfahrungen der Geschichte zu lernen, am Neubau eines einheitlichen und freien Deutschland mitzuhelfen, die Revolution von 1848 im demokratischen Geist zu vollenden: das sind die Aufgaben, die uns für die Zukunft gestellt sind.“⁴¹

36 Eröffnet wurde die Formalismusdebatte von dem sowj. Kulturoffizier A. Dymshitz: Warum wir gegen Dekadenz sind, in: *Tägliche Rundschau*, 21.03.1948, S. 3. Der Streit polarisierte sich um die Zeitschrift *Bildende Kunst* und erfuhr im November 1948 einen ersten Höhepunkt mit der Verdrängung Carl Hofers als Herausgeber.

37 *Tagesspiegel*, 21.12.1946.

38 *Berliner Zeitung*, 28.12.1946, S. 3.

39 LAB C Rep. 109 Nr. 115-119.

40 Ernst Kaeber, Berliner Stadtarchivar von 1913 bis 1937, begründete nach 1949 im Westteil der Stadt das Berliner Landesarchiv (LAB).

41 LAB F Rep. 310 Nr. 345c, S. 7.

Mit zeitgenössischen Dokumenten und Materialien wurde ein Bogen vom Vormärz über die Berliner Barrikaden bis zur Paulskirche in Frankfurt geschlagen und ergänzend bis 1933 fortgeführt. Ein Modell veranschaulichte, wie die Stadt zwischen Gendarmenmarkt, Schloss Monbijou und Alexanderplatz hundert Jahre zuvor ausgesehen haben mag. Neben Büsten und Porträts verschiedener Persönlichkeiten gab es die Möglichkeit, im Berliner Einwohnerverzeichnis von 1848 auch eigene Vorfahren aufzustöbern.

Der Märzrevolution wurde mit einer Festsitzung der Stadtverordnetenversammlung, einer Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain, vielfältigen Veranstaltungen und Publikationen gedacht. Blieben bis zur auch administrativen Spaltung der Stadt noch einige Monate, so war das Heraufziehen des Kalten Krieges aber bereits unverkennbar spürbar. Die Ausstellungen der Zentralverwaltung für Volksbildung unter Paul Wandel (SED) in der Staatsbibliothek „Eine Revolution und ihre Lehren“ oder des „Ausschusses für Einheit und gerechten Frieden“ im Hause Fürstenhof am Potsdamer Platz setzten etwa mit der Betonung des Kommunistischen Manifestes deutlich andere Akzente. Sie suchten, wie Publikationen z.B. der SED-Landesleitung: „Berlin gab das Signal!“ die Revolution von 1848 für die Volkskongressbewegung der Sowjetzone propagandistisch in Dienst zu nehmen. Auch der zeitgleich im Admiralspalast zusammengetretene zweite deutsche Volkskongress selber hatte seine Tagung am 18. März 1948 unterbrochen und die über 2000 Delegierten waren symbolträchtig über den Gendarmenmarkt zum Friedrichshain gezogen. Neuer Gleichschritt formierte sich.

Erste baupolizeiliche Sperrungen

Das Amt Museen und Sammlungen des Berliner Magistrates hatte sich, gestützt auf Mitteilungen der Bauleitung und genauen Aufstellungen benötigter Materialien, im Sommer 1948 wiederholt an die sowjetische Zentralkommandantur gewandt um für die Instandsetzungsarbeiten am „Bauvorhaben Berliner Stadtschloss“ benötigte Lieferungen zu erhalten.⁴²

„Bei einer baupolizeilichen Besichtigung des Grundstücks Berliner Schloss wurde festgestellt, dass ... durch Ruinenreste Absturzgefahren bestehen, die Menschenleben gefährden. Auf Grund des §14 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 ersuchen wir Sie, bei Vermeidung von Zwangsmaßnahmen sofort die Räume zu verlassen.“

heißt es lapidar in einer Mitteilung des Baupolizeiamtes Mitte vom 21. Oktober 1948.⁴³ Die dem Magistrat, Stadtrat für Volksbildung zugeordnete Abteilung Museen und Sammlungen hatte in der Folge gegen eine Räumung wiederholt Einspruch erhoben und die sofortige Gefahrenbeseitigung angemahnt.⁴⁴ Das ebenfalls dem Magistrat, Abteilung Bau- und Wohnungswesen, unterstellte Hauptamt für Hochbau bekräftigte mit Schreiben vom 14. Mai 1949 jedoch die Räumungsverfügung und teilte mit, dass „für die Beseitigung der Gefahrenstellen ... an der Schlossplatzseite Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden konnten.“⁴⁵ Wenige Tage später kam es am 25. Mai 1949 zu einem Ortstermin und einer Begehung des Schlosses u.a. mit dem Leiter des Haupt-Baupolizeiamtes, Fahrenwaldt, einer Baustatikerin und dem Generaldirektor der Museen, Ludwig Justi. „Gemeinsam wurden die Hauptschadenstellen im 'Weissen Saal' und an der Schlosskuppel gründlich besichtigt. Der 73jährige Prof. Justi liess es sich nicht nehmen,

42 Magistrat, Abt. Volksbildung, an Russische Zentralkommandantur, 09.08.1948/ Amt Museen und Sammlungen, an Stadtrat May, 28.08.1948/ (ohne Kopf), an Ingenieur Pachomow, Bauabteilung der Zentralkommandantur, 30.08.1948, in: LAB C Rep. 120 Nr. 2070, Bl. 1-3.

43 Ebd., Bl. 7.

44 Ebd., Bl. 5f.

45 Hauptamt für Hochbau, an Magistrat, Abt. f. Volksbildung, Museen und Sammlungen, 14.05.1949, in: ebd., Bl. 8.

selbst bis unmittelbar unter die Kuppel hinaufzuklettern.“ Man habe „auf die Stabilität der Räume im Erdgeschoss und im ersten Stock sowie die Notwendigkeit der Benutzung des Schlossmuseum“ hingewiesen. „Herr Fahrenwaldt versprach die Möglichkeit der Belassung dieser beiden Stockwerke bei den Museen zu überprüfen. Der 'Weisse Saal' müsste jedoch wahrscheinlich geräumt werden“ und die Beseitigung der Schäden an der Kuppel sollten „aufgrund eines ‚Gefahrenscheins‘ von seiten der Abt. Bau- und Wohnungswesen selbst“ vorgenommen werden. Ein entsprechendes Schreiben des Baupolizeiamtes läge zwar noch nicht vor, von einem in der Westpresse in Rede gebrachten Gegengutachten „war den Herren von den Museen nichts bekannt. Es sei ... lediglich davon die Rede gewesen, dass man ein solches Gutachten machen könnte.“⁴⁶ Im Ergebnis der gemeinsamen Besichtigung stellte, seitens der Baupolizei, Herr Fahrenwaldt fest: „Die Eisenkonstruktion der Kuppel über dem Haupteingang ist [...] nicht mehr standsicher. Es ist dringend notwendig die Kuppel abzutragen. [...] Im Weissen Saal [...] besteht Einsturzgefahr.“⁴⁷ Ausstellungen und öffentliche Veranstaltungen fanden nun nicht mehr statt. Um das Berliner Schloss war es einsamer, aber nicht ruhig geworden.

Als der aus der Volkskongressbewegung heraus etablierte Volksrat sich gerade anschickte, als Provisorische Volkskammer die DDR zu gründen, wurde in der Schlossruine vom Studio Mosfilm im Oktober 1949 „Die Schlacht um Berlin“ gedreht. Bei den Dreharbeiten zu diesem Film, einer den Sieg der sowjetischen Truppen glorifizierenden Inszenierung, wurden erneut Gebäudeteile beschädigt, gingen die durch Scharouns Initiative gerade erst eingesetzten Fensterscheiben wiederum zu Bruch.⁴⁸ Es folgten widersprüchliche Meldungen über Bauzustand und Bauplanungen. Im November 1949 erklärte der inzwischen zum Ost-Berliner Stadtbauinspektor gekürte einstige Stellvertreter Scharouns, Heinrich Starck, vor dem Arbeitskreis „Geschichte Berlins“ des Kulturbundes, dass der Schlüterhof auf jeden Fall erhalten werde, der Eosandersche Teil zur Gewinnung eines Aufmarschforums aber freigemacht werden könnte.⁴⁹ Die *Berliner Zeitung* berichtete, dass der Eosanderflügel erhalten bleibe, der Schlüterhof hingegen – wegen des schlechten Bauzustandes – abgetragen werden müsse, dementierte aber kurz darauf und erklärte, dass das Schloss doch als Ganzes erhalten wird.⁵⁰

Die Ostberliner Stadtplanung

Der III. Parteitag der SED im Juli 1950⁵¹ war nach der I. Parteikonferenz ein weiterer Schritt auf dem Weg zur „Partei neuen Typs“, der Stalinisierung der SED. Zur Straffung des organisatorischen Aufbaus wurde, nach sowjetischem Vorbild, aus dem Parteivorstand ein Zentralkomitee (ZK). Das vom ZK gewählte Politbüro bestimmte die Besetzung des Sekretariats: 1950 mit Walter Ulbricht als Generalsekretär.

Die neue Macht hatte sich konsolidiert, und das sollte sich nun auch in der Gestaltung der Städte, zuallererst des Berliner Stadtzentrums adäquat darstellen. In seiner Ansprache „Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft“ erklärte Walter Ulbricht, indirekt auch auf die Scharounschen Berlin-Planungen eingehend:

46 Amt Museen und Sammlungen, an Stadtrat Kreuziger, 27.05.1949, in: ebd., Bl. 9.

47 Baupolizei-Hauptamt, an Amt für Volksbildung, 28.05.1949, in: ebd., Bl. 4.

48 Maether, Bernd: Die Vernichtung des Berliner Stadtschlusses. Eine Dokumentation, Berlin 2000, S. 55.

49 Petras, Renate: Das Schloss in Berlin. Von der Revolution 1918 bis zur Vernichtung 1950, Berlin 1999, S. 110. vgl. Geist/Kürvers: Das Berliner Mietshaus, S. 321ff.

50 Berliner Zeitung, 04.03.1950, S. 3.

51 Die SED-Parteitage fanden von 1950 bis zum Ende der Ära Ulbricht 1971 in der Werner-Seelenbinder-Sporthalle, einer umgebauten Großmarkthalle des Zentralviehhofes, im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg statt.

„Das Wichtigste ist, daß aus den Trümmern der von den amerikanischen Imperialisten zerstörten Städte solche Städte erstehen, die schöner sind denn je. Das gilt besonders für unsere Hauptstadt Berlin. [...] In der Weimarer Zeit wurden in vielen unserer Städte Gebäudekomplexe gebaut, die ... nicht den Wünschen der Bevölkerung entgegenkamen,



Bundesarchiv, Bild 193-S99300
Foto: Heilig, Walter | 24. Juli 1950

III. Parteitag der SED, Tribüne vor der Schlossruine

die nicht der nationalen Eigenart entsprachen, sondern dem formalistischen Denken einer Anzahl Architekten, die die Primitivität gewisser Fabrikbauten auf die Wohnbauten übertrugen. [...] Einige Architekten, besonders in der Bauabteilung des Magistrats von Berlin, wollten die ... Innenstadt nach den Richtlinien für Stadtrandsiedlungen bebauen. Der grundsätzliche Fehler dieser Architekten besteht darin, daß sie [...] in ihren kosmopolitischen Phantasien glauben, daß man in Berlin Häuser bauen sollte, die ebenso gut in die südafrikanische Landschaft passen. Wir haben alle diese Pläne abgelehnt. [...] Wir wollen in Berlin keine amerikanischen Kästen und keinen hitlerschen Kasernenstil mehr sehen. [...] Das Zentrum unserer Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schloßruine müssen zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem der Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können (Stürmischer Beifall)⁵²

Die angesichts des Kalten Krieges forcierte „Diktaturdurchsetzung“⁵³ war vollzogen und das Machtgefüge hatte sich etabliert, so wie es für 40 Jahre DDR üblich werden sollte. Hatte der Generalsekretär der SED die Richtung vorgegeben, waren Volkskammer und Ministerrat zu Institutionen degradiert, die diese Entscheidungen nur noch zu vollziehen hatten. Vier Wochen nach Ulbrichts programmatischer Rede beschloss der Ministerrat der DDR den „Aufbauplan für das Zentrum des neuen Berlin“.

⁵² Neues Deutschland, 23.07.1950, S. 6.

⁵³ Schmeitzner, S. 65.

„Lenin und die Schloßruine“ - Abrissplanungen, Widerstand und Sprengung

Der Architekt Kurt Liebknecht vom Ministerium für Aufbau präziserte Ulbrichts Planungen: „Bei dem Neuaufbau der deutschen Hauptstadt gilt es, die 16 Grundsätze für den Städtebau, die von der Regierung beschlossen und ... kürzlich veröffentlicht wurden, auf Berlin anzuwenden. [...] Der zentrale Punkt im Zuge Stalinallee — Brandenburger Tor ist der Lustgarten, der durch das Verschwinden der Schloßruine erheblich erweitert wird. Der Abriß wird bereits von Wissenschaftlern vorbereitet. Noch vorhandene künstlerisch wertvolle Teile des Gebäudes, wie der Schlüterhof und das Eosander-Portal, sollen erhalten bleiben, um sie eventuell an anderer Stelle wiederaufzubauen. In seiner erweiterten Form wird der Lustgarten der ideale Platz für fließende und stehende Demonstrationen sein und 350 000 Menschen aufnehmen können. Wenn die Schloßruine verschwunden ist, wird der Lustgarten eine Größe von über 180 x 450 Meter haben. Das sind etwa 82 000 Quadratmeter.“ So Kurt Liebknecht.⁵⁴ Der Name Liebknecht ist also mehrfach mit der Schlossgeschichte verbunden. Der Poelzig-Schüler Kurt Liebknecht⁵⁵ war nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion zunächst als wissenschaftlicher Sekretär im Scharounschen Institut für Bauwesen beschäftigt. Dieses Institut ging 1951 in der mit dem Aufbaugesetz gegründeten Deutschen Bauakademie auf, deren erster Präsident Kurt Liebknecht wurde.

Für die Einen ein Karrieresprung, für Andere ein Schlusspunkt. Nicht nur die Marginalisierung seines Instituts, sondern auch die Aufmarschplatzpläne, mithin die Sprengung des Berliner Schlosses, die Arroganz der Macht, ließen Hans Scharoun endgültig mit der SED brechen. Gegen Abriss und Sprengung war er bis in den Herbst 1950 immer wieder angegangen.⁵⁶ Scharoun hatte, wie auch der gerade am Aufbau der Stalinallee beteiligte Architekt Richard Paulick, Gegenentwürfe eingereicht, die zumindest den Schlüterhof erhalten sollten. So wie der Rektor der Humboldt-Universität Walter Friedrich und der Ordinarius für Kunstgeschichte Richard Hamann nicht müde wurden, schrieb Scharoun wiederholt an Ministerpräsident Grotewohl. Hamann wendete sich, zusammen mit dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften Johannes Stroux, auch an Ulbricht selber und an den Ostberliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert.⁵⁷

In einer unter dem Titel „Lenin und die Schloßruine“⁵⁸ veröffentlichten Rede hatte Ebert versucht, die Abrisspläne mit Zitaten aus Schriften des bolschewistischen Revolutionsführers im Sinne des Friedens zu begründen. Bezugnehmend auf Hamann erklärte Ebert später:

„Es sei abgelehnt worden, die Ruinen stehenzulassen, weil das neue Berlin keine Ruinenstadt wie Rom werden soll. [...] Ich habe volles Verständnis dafür, daß es jedem Kunsthistoriker weh tut, ein Baudenkmal wie das ehemalige Schloß nur noch in Abbildungen und Museen sehen zu dürfen.“ Selbstverständlich würden aber, so Ebert weiter, unter Aufsicht eines Stabes von Kunsthistorikern künstlerisch und historisch wertvolle Gegenstände geborgen.⁵⁹ Zwar hatte es für die Abrissplanungen Zustimmungs- und Ergebenheitserklärungen etwa der Landesleitung des Kulturbundes gegeben, so war es

⁵⁴ Berliner Zeitung, 27.08.1950, S. 12.

⁵⁵ Kurt Liebknecht, ein Neffe von Karl Liebknecht, war nach dem Architekturstudium an der TH-Berlin im Büro von Hans Poelzig u.a. am Bau des Berliner Hauses des Rundfunks beteiligt.

⁵⁶ Zu Protesten und Auseinandersetzungen um die Sprengungen, siehe: Petras: Das Schloss in Berlin, S. 115 – 150; Maether: Die Vernichtung des Berliner Stadtschloss, S. 53ff.

⁵⁷ Friedrich Ebert, der Sohn des Reichspräsidenten war 1945 SPD-Landesvorsitzender in Brandenburg, 1946 Co-Vorsitzender der SED Brandenburg, 1948-67 Oberbürgermeister Ostberlins.

⁵⁸ Berliner Zeitung, 07.09.1950, S. 6. Der These, dass der Abriss des Schlosses auf einen Befehl Stalins zurückzuführen sei, geht Maether nach, hält sie jedoch für nicht haltbar. Maether: Die Vernichtung des Berliner Stadtschloss, S. 72.

⁵⁹ Berliner Zeitung, 23.09.1950, S. 6.



Sprengung des Apothekenflügels mit der Parteitagstribüne im Untergrund, September 1950

aber dennoch nicht einfach, renommierte Wissenschaftler für eine Mitarbeit zu gewinnen. Der Direktor des Märkischen Museums Walter Stengel soll es auch sehr deutlich ausgesprochen haben: „Wenn diese Pläne Wirklichkeit werden ... dann sollte man dieser Stadt, der man die Seele nimmt, auch einen anderen Namen geben!“⁶⁰

Das für die Bergung der Kunstschatze des Berliner Schlosses eingesetzte Wissenschaftliche Aktiv stand unter der Leitung von Gerhard Strauss, der nach einem Umweg über die Bauakademie später Richard Hamann an der Humboldt-Universität beerben und nach dessen Emeritierung den Lehrstuhl für Kunstgeschichte übernehmen sollte.⁶¹

Der Abriss der Berliner Schlossruine begann im September 1950 mit der Sprengung des Apothekenflügels. Als letztes Bauteil wurde Ende Dezember 1950 die Kuppel des Eosanderportals gesprengt. Die Beräumung des Platzes erstreckte sich bis in den April 1951. Unterstützt von Räumkommandos der Freien Deutschen Jugend (FDJ) wurde z.T. rund um die Uhr gearbeitet und ganz wie geplant zog am 1. Mai 1951 eine strömende Demonstration über den nunmehr gewonnenen Marx-Engels-Platz.

⁶⁰ Rodemann, Karl: Das Berliner Schloß und sein Untergang, Berlin 1951, S. 17. (Diese 1951 unter Pseudonym von Kurt Reutti (1900-1967) im Auftrag des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen herausgegebene Dokumentation verzichtet auf jegliche Quellen, Angaben zu Bildrechten etc., ist selbst ein zeitgeschichtliches Zeugnis. Reutti, bis 1949 beim Magistrat im Referat Rückführung von Museumsgütern, hat umfangreiche unveröffentlichte Manuskripte hinterlassen. Das von Michael Neumann an der TU-Berlin betreute Editionsprojekt blieb durch dessen Tod 2021 unvollendet)

Zu Stengel, vgl. auch: Maether: Die Vernichtung des Berliner Stadtschloss, S. 82.

⁶¹ Vgl.: Tuma, Anja: Denkmalpflege am Berliner Schloss. Über die Dokumentation des Wissenschaftlichen Aktivs seit der Sprengung 1950. Mit einem Katalog erhaltener Fragmente, Berlin 2017.

Resümee und Ausblick

Was im Frühjahr 1945 mit der Gruppe Ulbricht begann, sollte erst mit dem 9. November 1989 bzw. dem 3. Oktober 1990 seinen Abschluss finden. Zunächst kam Ulbricht in ein zerstörtes Land, in eine zertrümmerte Stadt, die zudem unter der gemeinsamen Kontrolle aller vier Besatzungsmächte stand. Diese trugen unterschiedlichste Perspektiven und der Stadt gleichsam eine überraschende Internationalisierung ein. Zur Etablierung ihrer Herrschaft mussten die Kommunisten 1945 Partner, Bündnispartner, Mitstreiter suchen und Kompromisse eingehen. Diese Gemengelage und nicht zuletzt die Widersprüchlichkeiten auch des sowjetischen Besatzungsregimes selber, öffneten – wenn auch begrenzte – Spielräume im kulturpolitischen Bereich. Begrenzt und offen zugleich waren diese Freiräume durch die zeitlichen Gegebenheiten, die personelle-, räumliche- und materielle Situation, die finanziellen Möglichkeiten und damit unmittelbar verbunden auch dem Wohlwollen der Alliierten Kommandantur, der Besatzer.

Soweit die in den Nachkriegsausstellungen des Berliner Schlosses vorgestellten stadtplanerischen Ideen und Kunstauffassungen dem übergreifenden Konsens des antifaschistischen Grundverständnisses nicht widersprachen, standen diese, auch im Rahmen der von der SED propagierten Bündnispolitik, für eine vorübergehende Öffnung und Weite des Kommunikationsfeldes, für den gemeinsamen Neuanfang.

Bei Sprengung und Abbruch des Berliner Schlosses 1950/51 ging es – völlig unabhängig vom baulichen Zustand – nicht um die Ausmerzung des Herrschaftssymbols der Hohenzollern oder des preußischen Militarismus, der für die Nazizeit in Haftung zu nehmen sei, sondern um die Gewinnung eines zentralen Demonstrations- und Aufmarschplatzes, eines „Roten Platzes“ für Berlin.

Zum 1. Mai 1951 waren Schlossplatz und Schlossfreiheit nicht nur in Marx-Engels-Platz umbenannt, sondern auch aller nach dem Krieg noch erhaltenen, als auch ruinierten Schlossflügel beraubt und damit ein freier Raum für inszenierte Großdemonstrationen mit zehntausenden Teilnehmern geschaffen worden. Im Sommer 1951 folgten die Weltjugendfestspiele und schon fünf Jahre später, am 1. Mai 1956, schloss der nun streng geordnete Maiaufzug bereits eine Militärparade, der 1956 gegründeten Nationalen Volksarmee (NVA) ein.

Und abermals 20 Jahre später: Im August 1973 zog, nach gerade beendeten neuerlichen Weltfestspielen, der Trauerzug mit dem Leichnam Walter Ulbrichts von diesem Platz aus zum Friedhof nach Friedrichsfelde. Unmittelbar danach begannen Bauarbeiten auf dem Marx-Engels-Platz und 1976 wurde zum IX. Parteitag der SED ostentativ, einen mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker verbundenen Paradigmenwechsel symbolisierend, der Palast der Republik eingeweiht, der hingegen nach dem Ende der DDR ebenso unterging.